



GdS SPEZIAL

Bundesunmittelbare Sozialversicherungsträger

29. Juli 2020

Gesetzentwurf zur Novellierung des BPersVG liegt vor

Viele Verbesserungen – und manch vertane Chance

In ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines novellierten Bundespersonalvertretungsgesetzes hat die GdS zahlreiche Verbesserungen ausdrücklich gewürdigt. So sollen künftig sämtliche Amtszeiten von Personalvertretungen auf Bundesebene stichtagsbezogen und somit eindeutig geregelt sein. Übergangsmandate bei Neuwahlen, Dienststellen-Neubildungen und Fusionen zur Vermeidung personalratsloser Zeiten begrüßt die GdS ebenso wie die vorgesehene Flexibilisierung der Freistellungs-Regelungen.

Endlich wird auch der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im BPersVG der gebührende Stellenwert eingeräumt. Zum Pflichtkatalog der Personalvertretung gehören zudem künftig die Förderung des Arbeitsschutzes und die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, was die GdS besonders begrüßt.

Die datenschutzrechtliche Verantwortung der Dienststelle ist nun unmissverständlich im novellierten Gesetzestext verankert – ohne den Personalrat von seiner datenschutzrechtlichen Verantwortung zu entbinden. Das hoch aktuelle Thema „elektronische Kommunikation“ zwischen Dienststelle und Personalrat wurde sinnvoll neu gefasst, ohne die grundsätzliche Präsenzpflcht bei der Herbeiführung von Beschlüssen des Personalrates in Frage zu stellen. Diese Herausforderung wurde aus GdS-Sicht gut gelöst!

Der Blick auf die künftigen Beteiligungsrechte fällt kritischer aus. Positiv sind Ergänzungen durch neue Mitbestimmungsrechte bei der Personal-

stellung und der Einführung moderner Arbeitszeitmodelle und Arbeitsformen. Maßnahmen zur Förderung von Familie, Pflege und Beruf wie auch das künftig im Mitbestimmungskatalog enthaltene betriebliche Gesundheits- und Eingliederungsmanagement sind Schritte in die richtige Richtung.

Die wichtige GdS-Altforderung nach echter Mitbestimmung bei Kündigungen und Abmahnungen wurde jedoch nicht erfüllt.

Bei der Einführung von IT-Systemen auf dienststellenübergeordneter Ebene bleibt eine bedeutende Lücke: Grundsatzentscheidungen zur Entwicklung, Finanzierung und Implementierung von Softwarelösungen werden in der Regel ohne echte Gestaltungsmöglichkeit der Personalvertretungen getroffen. In bestimmten großen Berufsfeldern der Sozialversicherung (zum Beispiel BA/Jobcenter) werden Personalräte mit den Ergebnissen bereits getroffener Entscheidungen vor vollendete Tatsachen gestellt. Neuere Softwarelösungen sehen zudem die Möglichkeit des Trackings vor. Auch hier vermisst die GdS die notwendige Einbindung des Personals auf der Ebene der eigentlichen Entscheidung.

Unser Ziel ist eine Interessenvertretung auf Augenhöhe! Daher erneuert die GdS ihren Wunsch nach einer noch konsequenteren Stärkung der Rechte der Personalvertretungen.

GdS Wir kommt weiter

Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder per Fax an: (0228) 9 77 61-46

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.

☐ Frau ☐ Herr

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Telefon | mobil

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch

Datum | Unterschrift



☐ Mein GdS-Beitrag beträgt 2,50 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

☐ Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

☐ Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

☐ Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

☐ Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung ☐ monatlich ☐ quartalsweise

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Unterschrift